

## Immer mehr türkische Scheinasylanten

Schon seit Jahren stammt eine der größten Gruppen von Menschen, die jedes Jahr in Deutschland Asyl beantragen, aus einem der beliebtesten Urlaubsländer der Deutschen: der Türkei. Bemerkenswerter Weise spielt diese Tatsache in der deutschen politischen Diskussion um das Asylrecht und dessen Missbrauch kaum eine Rolle.

Das Erste, was türkische Asylbewerber erledigen, sobald sie deutschen Boden erreichen, ist die Entsorgung ihrer Ausweispapiere. Denn wer seine türkische Herkunft einräumt, hat ganz offensichtlich kein Recht auf Asyl in einem Land der Europäischen Union, zu dessen Beitrittskandidaten unser NATO-Partner Türkei immer noch offiziell gehört. Auch ohne Identitätsdokumente steht jedem Türken das vollständige deutsche Asyl-Aufnahmeprogramm offen, zu dem nicht nur eine anwaltliche Beratung gehört, sondern häufig auch die Duldung nach der offiziellen Ablehnung des Asylantrags.

Oder, alternativ, eine Rückkehrhilfe in Höhe von 1.000 Euro zuzüglich Reisespesen. Dieses Geld steckt der türkische Scheinasylant ein, reist aus und kurz danach mit neuer oder ganz ohne offizielle Identität wieder ein, und dann geht das ganze Schauspiel - möglicherweise in einem anderen EU-Land - von vorne los.

„So wird der deutsche Sozialstaat mittels des Asylrechts geschöpft“, bemerkt Beatrice Achterberg in der „NZZ“. Ihr zutreffendes Fazit hierzu lautet: „Ein Staat, der sich derlei Taschenspielertricks gefallen lässt, macht sich lächerlich.“

*Manfred Rouhs*



Immer mehr Deutsche fühlen sich im öffentlichen Raum unsicher.

Studie von Infratest Dimap:

# 40 Prozent der Deutschen fühlen die Unsicherheit

Es steht nicht gut um die innere Sicherheit in Deutschland. Die polizeiliche Kriminalstatistik für 2023 wies rund 9.000 Messerstrafataten aus, also etwa 25 am Tag. Sie hat zudem 761 sogenannte Gruppenvergewaltigungen erfasst, also etwas weniger als zwei täglich. Da kann einer Frau, die abends allein eine dunkle Unterführung passieren muss, durchaus mulmig zumute sein.

Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Wie viele Straftaten und Straftatversuche werden Jahr für Jahr nicht angezeigt? Das weiß niemand. Danach fragt kein Institut.

Nach jeder einschlägigen Tat steigt nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch bei jedem Menschen in ihrem persönlichen Bekanntenkreis einschließlich des Umfelds innerhalb ihrer jeweiligen Reichweite in den sozialen Netzwerken das Gefühl der Unsicherheit. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang der Eindruck, den Wohnungseinbrüche bei den Opfern hinterlassen.

8.323 Fälle waren es offiziell in 2023. Wer seine Wohnung aufgebrochen und durchwühlt vorfindet und bestohlen

wird, kann nachts nicht mehr gut schlafen. Er verrammelt Fenster und Türen.

Die größte Sorge vieler Menschen im etablierten Politikbetrieb ist nun aber keineswegs das Ansteigen der Kriminalität an und für sich. Sondern das schwindende Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. „40 Prozent der Deutschen fühlen sich im öffentlichen Raum unsicher“, schlagzeilt die „Welt“, gestützt auf eine Studie von Infratest Dimap, die diese Zeitung zusammen mit den ARD-„Tagesthemen“ in Auftrag gegeben hat.

Im Rahmen der hier offiziös geführten Debatte taucht die Kriminalitätsbekämpfung als originäres Ziel staatlichen Handelns bestenfalls am Rande auf. Das Thema wird angegangen wie eine pädagogische Aufgabe. Nicht Messerstecher und Vergewaltiger scheinen das Problem zu sein, sondern Menschen, die befürchten, möglicherweise Opfer von Messerstechern und Vergewaltigern zu werden.

Und die Zuwanderungspolitik als wesentliche Ursache der Kriminalitätentwicklung wird noch nicht einmal erwähnt. Mit keiner Silbe!



**Glückliche Fügung für den Bundeskanzler:**

# Cum-Ex-Strafverfahren gegen Scholz-Geprächspartner Olearius eingestellt

► **Das Landgericht Bonn hat am 24. Juni 2024 das Cum-Ex-Strafverfahren gegen den Hamburger Warburg-Banker Christian Olearius eingestellt.** Das Gericht sieht den früheren Bankchef als nicht verhandlungsfähig an. Ein Gutachter hatte bescheinigt, die Aufmerksamkeit des 82-jährigen könne jeweils nicht länger als 45 Minuten am Stück in Anspruch genommen werden. Angesichts der Fülle der anstehenden Beweisaufnahmen sei das Verfahren dadurch undurchführbar geworden, urteilten die Richter.

Olaf Scholz kann durchatmen. Wahrscheinlich bleibt ihm eine Vernehmung über den Inhalt von drei Gesprächen erspart, die er als Regierender Bürgermeister von Hamburg ausweislich der Tagebuchaufzeichnungen des damals noch umfassend konzentrationsfähigen Spitzen-Bankers mit Olearius geführt hat. Dabei soll es um dies und das gegangen sein - etwas Genaues weiß man nicht. Olearius sagt nichts, und Olaf Scholz hat bekanntlich Erinnerungslücken.

Im Raum steht die Vermutung, die Warburg Bank habe sich durch illegale

Cum-Ex-Aktivitäten steuerliche Vorteile in Höhe von 280 Millionen Euro verschafft. Davon sollen allerdings unter Mitwirkung von Christian Olearius rund 230 Millionen ausgeglichen worden sein. Womit immer noch eine Differenz von 50 Millionen bliebe.

Was aber nun wirklich gewesen ist, müsste nicht mehr ermittelt werden, falls

**Olaf Scholz als neu gewählter Erster Bürgermeister im Plenarsaal der Hamburgischen Bürgerschaft im Jahr 2011. Nach der Verfahrenseinstellung kommt er erfolgreich durch mit seiner Haltung, sich in Sachen Cum-Ex an nichts erinnern zu können.** | Urheber: Christoph Braun | Lizenz: CC0



es bei der Verfahrenseinstellung bleibt. Dagegen hat die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel eingelegt. Das berichtet die „Legal Tribute Online“.

In Hamburg wird gemunkelt, Olearius sei von Anfang an der falsche Angeklagte gewesen. Er habe sozusagen nur „Kraft Amtes“ und symbolisch vor Gericht gestanden. Die eigentlichen Täter seien andere gewesen, jüngere.

Auch dazu könnte möglicherweise Olaf Scholz etwas sagen, wenn er nur nicht so ein verdammt schlechtes Gedächtnis bei Steuer-Bagatellen im dreistelligen Millionen-Bereich hätte.

Bei wenige prominenten Zeugen in einem Strafverfahren hätten Juristen über Beugehaft nachdenken können. Denn ein Zeugnisverweigerungsrecht hat Scholz selbstverständlich nicht. Aber wer würde schon aus dem Justizbetrieb heraus derart schwere Geschütze gegen den amtierenden Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland auffahren wollen?

Es ist wirklich erstaunlich, wie sich schwere Straftat-Vorwürfe im besten Deutschland aller Zeiten in Wohlgefallen auflösen, wenn die Verdächtigen nicht gerade Höcke heißen und es nicht um Kapitalverbrechen wie beispielsweise Meinungsäußerungsdelikte geht, sondern nur um ein wenig Geld, das in der Staatskasse fehlt.



# Das ist Deutschland!





Falls sie AfD-Mitglied wäre, würde ihr die nordrhein-westfälische Justiz die Waffe aus der Hand nehmen. Polizei-Razzien in den einschlägigen kriminellen Milieus sind dagegen selten - nicht nur, aber auch in Nordrhein-Westfalen. | Bild: AobeStock.

## OVG Münster:

# AfD-Mitglieder dürfen keine Schusswaffen besitzen

Das seit Jahrzehnten für seine gegenüber dem etablierten Politikbetrieb stramm linientreue Rechtsprechung bekannte Oberverwaltungsgericht Münster hat einem Ehepaar in Nordrhein-Westfalen die waffenrechtliche Zuverlässigkeit abgesprochen, nur weil die beiden Mitglied der AfD sind. Das Paar aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf muss nun mehr als 200 Schusswaffen nebst der zugehörigen Munition abgeben oder vernichten. Das berichtet die „Rheinische Post“.

Das Urteil kann beim Bundesverwaltungsgericht rechtlich angegriffen werden, muss aber zunächst einmal umgesetzt werden. Die Folgen für die beiden Betroffenen sind also durchaus erheblich.

Einen Waffenschein erhält nur, wer im Sinne des Waffengesetzes als zuverlässig gilt. Nach der Einschätzung des höchsten Verwaltungsgerichts im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen genügt allein die

## IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,  
AktENZEICHEN VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der  
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von  
EUR 60,00 jährlich enthalten.

einfache Mitgliedschaft in der AfD, um eine theoretisch fingierte Annahme der waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit zu begründen. Gegen das Ehepaar sind in dem Verfahren keine anderen Vorwürfe erhoben worden.

Hintergrund des Urteils ist die Einstufung der AfD als mutmaßlich rechts-extrem durch den „Verfassungsschutz“.

Sollte die Münsteraner OVG-Entscheidung rechtlichen Bestand haben, dann wären die Auswirkungen für manche AfD-Mitglieder gravierend. Denn es geht bei weitem nicht nur um Sportschützen. AfD-Mitglieder könnten weder Jäger sein, noch in der Sicherheitsbranche arbeiten. Falls sie ein Juweliergeschäft betreiben, würde ihnen das Recht verwehrt werden, ihr Leben und ihr Eigentum mit einer Waffe zu verteidigen.

Die Münsteraner Richter stempeln AfD-Mitglieder als vermeintlich unzuverlässige Staatsbürger minderen Rechts ab. Ein politisch erwünschtes Schauspiel, das eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig ist!

## Stonehenge vollgeschmiert

Am 19. Juni haben Klima-Asoziale in Südengland das bekannte Megalith-Monument von Stonehenge mit orangener Farbe vollgeschmiert. Dem beherzten Eingreifen von Passanten ist es zu verdanken, dass die Verunstaltungen auf wenige Steinmonumente beschränkt blieben. Die Tat wurde von nur zwei Personen begangen. Beide nahm die britische Polizei vorübergehend fest.

Die Höhe des Schadens an dem 5.000 Jahre alten Megalith-Monument ist in Geld schwer zu schätzen. Stonehenge gehört zu den ältesten noch erhaltenen europäischen Kulturgütern der Menschheit. Die Unesco hat Stonehenge bereits im Jahr 2021 in die Liste des gefährdeten Welterbes aufgenommen, weil in der Nähe des Monuments ein Tunnel gebaut werden sollte. Die Tunnel-Pläne wurden daraufhin auf Eis gelegt.



Zu der Tat hat sich die Klimagruppe „Just Stop Oil“ bekannt, die in einem Aufmerksamkeitswettbewerb mit Gruppen wie „Fridays for future“ und der „Letzten Generation“ steht.

Die Tat lässt erkennen, dass dieser Aufmerksamkeitswettbewerb offenbar Teile der Klima-Szene in den offenen, apolitischen Irrsinn abgleiten lässt. Anschläge auf das Kulturerbe der Menschheit haben bislang außer den Klima-Asozialen nur die Taliban in Afghanistan und die Terroristen des Islamischen Staates verübt.

Die einschlägigen deutschen Gruppen haben sich bislang nicht von der Tat distanziert. In Deutschland hatten sie am 17. September 2023 das Brandenburger Tor mit Farbe besprüht. Der dabei entstandene Sachschaden war sechsstellig.

www.signal-online.de



**Groß-Plakat  
„Das ist Deutschland“**  
In diesem Plakat, das Sie umseitig stark verkleinert abgebildet finden, werden tausend Jahre deutscher Geschichte und Gegenwart zusammengefasst.

Das Motiv können Sie im Format DIN A0 (84,1 x 118,9 cm) auf hochwertigem Papier gedruckt hier bestellen:  
[www.signal-online.de/plakat/](http://www.signal-online.de/plakat/)

## Symbolpolitik: Faeser fordert Messerverbote

Ein Messer-Verbrechen jagt in Deutschland das andere. Im letzten halben Jahrzehnt wurden tausende Gewalttaten aktenkundig, bei denen ein Messer im Spiel war. Der Zusammenhang dieser Entwicklung mit der Migrationspolitik ist offensichtlich. Um ihn aber aus der öffentlichen Debatte herauszuhalten, versucht Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) den Eindruck zu erwecken, das Problem sei nicht durch Fehlentscheidungen der politischen Verantwortlichen hervorgerufen worden. Schuld seien nicht Menschen, sondern die

Messer selbst, die im öffentlichen Raum zu weit verbreitet seien, und der Gesetzgeber könne mit Waffenverbotszonen an bestimmten Orten und durch ein generelles Messer-Verbot in Zügen Abhilfe schaffen.

Ist das noch naiv? Oder schon ignorant und böseartig?

Nicht nur die AfD und nonkonforme Medien haben nach dem Mord in Mannheim und einer Vielzahl weiterer Messer-Straftaten den Finger in die Wunde des Versagens der Multi-Kulti-Parteien in der Migrations- und Sicherheitspolitik gelegt. Der politischen Klasse gehen nunmehr auch größer werdende Teile des massenmedialen Betriebs von der Fahne.

So startet der „Focus“, gestützt auf Äußerungen des früheren Bundesrichters Thomas Fischer, einen Generalangriff auf die Migrationspolitik seit 2015:

„Spiele Messer-Kriminalität in Fußgängerzonen, Parks und Zügen bis vor wenigen Jahren allenfalls eine Nebenrolle, hat sie sich seit 2015, dem Beginn des weitgehend unkontrollierten Zuwanderer-Zustroms, zu einem für die innere Sicherheit bedrohlichen Phänomen entwickelt - und das nicht nur 'gefühl'.

Laut offizieller Kriminalstatistik gab es 2023 in Deutschland fast 9000 Messer-attacken im Bereich der gefährlichen und schweren Körperverletzung - rund 10 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Hinzu kommen 4900 im Bereich Raub, ein Plus von 17 Prozent.“



An diesen Zahlen ändert keine Messerverbotszone etwas, sondern nur ein Wandel in der Migrationspolitik.

► **Wir hatten bereits online Spenden gesammelt für die Beseitigung von Schäden an der Gaststätte „Mittelpunkt der Erde“ am östlichen Berliner Stadtrand, die immer wieder von der „Antifa“ angegriffen wird, weil dort gelegentlich die AfD tagt.** Bislang konnten wir immerhin einen vierstelligen Geldbetrag an die Gastwirtin weiterleiten - der Schaden ist aber mittlerweile fünfstellig. Denn nach unserem ersten Spendenaufruf kam es leider zu einer dramatischen Eskalation, die unser solidarisches Handeln erforderlich macht.

Der „Mittelpunkt“ wurde Ziel eines umfassenden Säureanschlags. Die Hauptverkehrsader, an der die Gaststätte liegt, musste abgesperrt werden. Die Massenmedien können die Tat nicht mehr totschweigen.

An der Gaststätte sind jetzt umfassende Schutzmaßnahmen erforderlich, die etliche tausend Euro kosten. Ohne eine bruch- und schussichere Spezialverglasung ist der „Mittelpunkt“ nicht mehr zu betreiben.

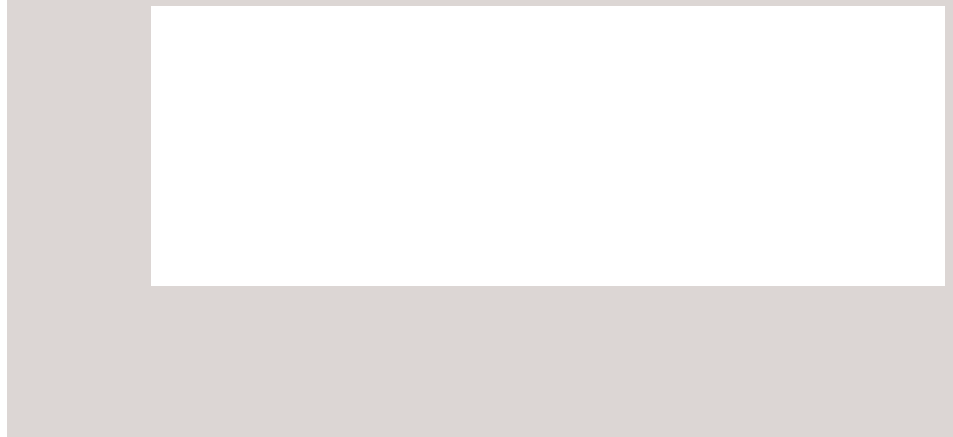
**Wir erbitten deshalb dringend Ihre höchstmögliche (steuerlich abzugsfähige) Spende für den „Mittelpunkt“:**

**Signal für Deutschland e.V.  
IBAN: DE55 1705 2000 0940 0529 54**

**Sie können mich gerne anrufen, falls Sie zu dem Abschlag und unseren Hilfsmöglichkeiten Fragen haben: Telefon 030 - 66 40 84 13**

Ich hoffe, dass genug Geld für eine dauerhafte Schutzlösung zusammenkommt. Der „Mittelpunkt“ ist für die gesamte Region wichtig. Wir dürfen die Gastwirtin nicht im Stich lassen!

Möglich ist, dass Sie der Gastwirtin, Frau Sali, direkt Geld zukommen lassen und sich von ihr bei dieser Gelegenheit vielleicht auch einmal die Situation persönlich erklären lassen:



**Antifa-Terror:**

# Spektakulärer Säure-Anschlag auf AfD-Tagungsstätte



STARTSEITE NEWS POLITIK REGIO UNTERHALTUNG SPORT EURO 2024 LIFESTYLE RATGEBER GESUNDHEIT SEX & LIEBE AUTO SPIELE DEALS

## Buttersäure-Anschlag auf bekannten AfD-Treffpunkt



Ein Feuerwehrmann geht im Schutzanzug in das Restaurant

**Bericht der „Bild“-Zeitung über den Anschlag auf den „Mittelpunkt“.**

**„Mittelpunkt der Erde“, Frau Sali  
Mahlsdorfer Str. 2, 15366 Hoppegarten  
Telefon 03342 - 3522419 (ab 17:00  
Uhr, Montags Ruhetag)  
eMail: [info@restaurant-mittelpunkt.de](mailto:info@restaurant-mittelpunkt.de)**

Frau Sali kann allerdings keine steuerlich abzugsfähigen Spendenquittungen ausstellen. Falls Sie eine steuerlich abzugsfähige Spendenquittung benötigen, spenden Sie bitte an Signal für Deutschland e.V. und wir leiten das Geld an die Gastwirtschaft weiter.